



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident

Andreas Kümin
Mc PaperLand
Mühlenerstrasse
8856 Tuggen
Tel. 041 465 66 66
Fax 041 465 66 67
andreas.kuemin@mcpaperland.ch
www.mcpaperland.ch

H+I-Geschäftsführer

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Schützenstrasse 2
Postfach 618
6431 Schwyz
Tel 041 820 34 44
Fax 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Partner für alle Finanzfragen

Schwyzer Kantonalbank
Bahnhofstrasse 3
Postfach 263
6431 Schwyz
Tel. 058 800 20 20
kundenzentrum@szkb.ch
www.szkb.ch

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 055 410 11 69
georg.kaufmann@winterthur.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin AG, druck|media,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Indexe

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05/02.html>

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
SZ	
Wirtschaftsmeldungen	4–6
CH	
Themen	7–8
Aktuell	9–10
Kommentar zum Zeitgeschehen	
Bahninfrastruktur Ausbauschritt 2035 und SmartRail 4.0	11

Spichtig AG – ein Familienunternehmen, das sich für die Erhaltung der Arbeitsplätze in der Schweiz einsetzt



Wie alles begann

Die Spichtig AG mit Sitz in Steinen SZ ist ein über 60 Jahre altes Familienunternehmen. Von ihren Anfängen als kleine Kunststoffpresserei im Herzen von Steinen, bis zur heutigen Kunststoffspritzerei im Steiner Industriegebiet Frauholz, nahe der Autobahn Schwyz/Goldau, gab es manche schwierige Hürde zu meistern.

In den ersten Jahren wurden in der damaligen Presserei Kundenaufträge verarbeitet. Einer der wichtigsten Aufträge war die Herstellung von Colorcaps – der farbigen Kappen für Schlüssel.

Ab Mitte 60er Jahre wurde das Pressen von Kunststoff mehr und mehr durch moderne Spritzgussmaschinen abgelöst.



Ende 60er Jahre begann man neben Kundenaufträgen auch eigene Produkte unter der Marke styro zu produzieren. Über die Jahre wurden verschiedene Ablagesysteme entwickelt, darunter styro individuell und styromega. Diese beiden Systeme werden von uns auch heute noch individuell nach den Wünschen unserer Kunden zusammengestellt und können somit beinahe alle Ablagebedürfnisse erfüllen. Wie es von einer Schweizer Firma erwartet werden darf, sind diese Systeme robust und langlebig.

Ende 90er Jahre übernahm mein Mann die Geschäftsführung in zweiter Generation. Seither liegt der Fokus von neu entwickelten Produkten bei Artikeln für die Papeterie- und Bürobranche. Die Einführung der Computer reduzierte die Notwendigkeit zum Ablegen von Papier immer mehr. Somit entschied mein Mann, die selbst hergestellten styro Produkte mit Handelsprodukten zu ergänzen. Seit 2003 erweitern Produkte der Marke Hansa und seit 2009 Produkte der Marke dufco unser Sortiment.

Schicksalsschlag und wie weiter

Im September 2011 verstarb mein Mann völlig unerwartet. Ich habe mich damals entschieden, die Arbeitsplätze zu erhalten

und die Firma weiterzuführen. Zu diesem Zeitpunkt konnte ich die Geschäftsführung noch nicht selber übernehmen, da meine Kinder noch zu klein waren. Dank langjähriger, erfahrener Mitarbeiter, konnte die Spichtig AG diese schwierige Zeit überstehen. Im Mai 2015 habe ich mich entschieden, die Geschäftsführung selber zu übernehmen.

Schweizer Produktion

Wir sind stolz darauf, unsere styro Produkte weiterhin in der Schweiz herstellen zu können. Dies ermöglicht uns nicht nur bei unseren eigenen Produkten flexibler auf Kundenwünsche eingehen zu können, es ist uns auch wichtig, ein zuverlässiger Partner für unsere oft langjährigen Kunden für Spritzgussaufträge zu sein.

Annemarie Spichtig-Engeler
Inhaberin und Geschäftsführerin



Drei Marken – drei Erfolgsfaktoren

styro – clever ablegen

Unter der Marke styro werden alle Arten von Ablagesystemen und Sortierstationen entwickelt und produziert. swissmail by styromega bieten ein komplettes Programm für die Organisation und Einrichtung von internen Poststellen – styro individuell passt sich den individuellen Ablage- und Aufbewahrungsbedürfnissen an.



dufco – quality office products

Unter dieser Marke bieten wir qualitativ hochstehende Produkte für den Papeteriebereich, wie Ordnungs- und Präsentationsmittel aus PP und PVC, Selbstklebefolien, sowie ein grosses Sortiment an Bilderrahmen aus Holz, Kunststoff oder Aluminium an.



Hansa – world of office

Eigentlich steht die Marke Hansa heute mehr für „world of light“. Obwohl wir auch heute noch diverse Schreibtischartikel unter dem Namen Hansa anbieten, hat sich die Marke Hansa mittlerweile zu einem der führenden Hersteller für Tisch-, Steh- und seit neuestem auch Deckenleuchten für den Büro- und Heimbereich entwickelt.



Arno Inauen ist neuer CEO von Garaventa

Vor einem Jahr hat er es angekündigt, jetzt setzt er es um: Garaventa-CEO Istvan Szalai gab per 1. April seine Aufgaben in jüngere Hände. Szalai wird nach zehn Jahren erfolgreicher Tätigkeit an der Spitze des Schweizer Seilbahnunternehmens das Garaventa-Ruder dem in Oberarth aufgewachsenen Arno Inauen übergeben. Inauen war vor vier Jahren von Szalai ins Unternehmen geholt worden, um für sich einen Nachfolger aufzubauen. Damit setzen beide auf Kontinuität. Szalai wird neuer Präsident des Verwaltungsrates. Inauen kennt das Geschäft gut. Der studierte ETH-Ingenieur und Betriebswirtschaftler ist seit vier Jahren COO bei Garaventa, die schweizweit 380 Mitarbeitende beschäftigt.

Gutes Auftragsvolumen der Bauwirtschaft

316 Mio. Franken Arbeitsvorrat hatten die Schwyzer Baumeister Ende 2017 in ihren Taschen, 85 Mio. Franken mehr als zwei Jahre zuvor. Die ausgelösten Bauvorhaben bewegten sich im 1. Quartal 2018 um die 100 Mio. Franken. Der Hochbau lag 5,8 Prozent über dem Vorjahreswert, der Tiefbau legte um 2,5 Prozent zu. Das sind die neuesten Eckdaten, welche der Baumeisterverband Schwyz (BVS) an der Generalversammlung Mitte April in Steinerberg präsentierte. Es seien erfreuliche Zahlen, betonte BVS-Präsident Pietro Minelli. «Nachdem die Bauwirtschaft in den Jahren 2003 bis 2009 von der Zuwanderung profitierte, kam danach die Tiefzinsphase, die bis heute anhält.» Was ihn für die Zukunft optimistisch stimmt, ist der globale wirtschaftliche Aufschwung. Die Bauwirtschaft werde sich auch in den Jahren 2018 und 2019 stabil entwickeln. Die Baubranche könne sich auf ein ausreichendes Bauvolumen einstellen. Das Bauhauptgewerbe beschäftigte Ende 2017 umgerechnet 1851 Vollzeitangestellte. Das zunehmend grösste Problem ist die Rekrutierung von Nachwuchs. Baudirektor Othmar Reichmuth erinnerte daran, dass pro Jahr rund 50 kantonale Projekte bewilligt würden. Zudem werde das jährliche Bauvolumen (Hoch- und Tiefbau) des Kantons von derzeit 60 auf neu 80 Millionen Franken erhöht, was ab 2020 für die Bauwirtschaft spürbar werden soll.

Business-Hub zur Ansiedlung ausländischer Unternehmen

Die UBH Swiss AG hat die Pläne für die Realisierung eines Business-Hubs in Brunnen vis-à-vis des leer stehenden Ruag-Gebäudes öffentlich aufgelegt. Auf 5000 Quadratmetern sollen mittelfristig 70 bis 80 Arbeits-

plätze geschaffen werden. Nebst Büro- und Gewerbeflächen sind Räume für Fitness und Wellness, eine Snackbar und ein Restaurant geplant. Die Baukosten belaufen sich auf 18 Mio. Franken. Der Business-Hub soll ab dem Frühjahr 2019 den Betrieb aufnehmen. Bei der Ansiedlung will sich die UBH Swiss AG auf die Bereiche Automation, Chemie für Kosmetikprodukte, die Herstellung von Fassadenproduktion, Kleinfirmen und innovative Start-ups konzentrieren. Im neuen Business-Center sollen auch ein umfassendes Beratungsangebot und Dienstleistungen wie das Netzwerk zu lokalen Anbietern bereitgestellt werden. Ziel ist die Ansiedlung von Firmen aus Italien, Österreich und Deutschland. Die italienische Firma UBH konnte durch die Wirtschaftsförderung des Kantons Schwyz zusammen mit der Greater Zurich Area angesiedelt werden.

Gemeinden und Bezirke haben Eigenkapital von 414 Mio. Franken

Die Schwyzer Gemeinden und Bezirke stehen finanziell solide da. Das zeigt die Zusammenstellung der Rechnungsabschlüsse 2017. Auffallend ist, dass die Ausserschwyzer Gemeinden seltener rote Zahlen schrieben als die Gemeinden im inneren Kantonsteil. Immerhin schrieben fast alle Innerschwyzer Gemeinden besser ab als budgetiert. Insgesamt resultierte im Kanton Schwyz in den Gemeinden und Bezirken anstelle eines Aufwandüberschusses von 41 Mio. Franken eine ausgeglichene Rechnung. Einerseits fielen die Abschreibungen tiefer aus, weil in den Vorjahren bereits zusätzlich abgeschrieben wurde. Zudem konnten 2017 nur zwei Drittel der geplanten Investitionen realisiert werden. Statt 132 Mio. Franken wurden nur 89 Mio. Franken realisiert. Das Eigenkapital aller Kommunen belief sich Ende Jahr auf 414 Mio. Franken, etwa gleich viel wie im Vorjahr. Durchschnittlich liegt die zur Verfügung stehende Reserve bei 2650 Franken pro Einwohner. Das lässt Raum für Steuersenkungen für das Jahr 2019 offen.

Finanzdirektor stellt Steuersenkung in Aussicht

Bereits bekannt ist, dass die Schwyzer Staatsrechnung 2017 mit einem Überschuss von knapp 90 Mio. Franken abschliesst. Erwartet worden war ein Defizit von 46,4 Mio. Franken. Damit stieg das Eigenkapital auf 183 Mio. Franken. Zudem präsentiert sich der Kanton schuldenfrei. Er weist sogar ein Nettovermögen von knapp 70 Mio. Franken aus. Damit ist

der finanzielle Tiefpunkt von 2014, als ein Rekorddefizit von 211 Mio. Franken verkräftet werden musste, vorbei. Auch die Zukunft sieht rosig aus, wie Finanzdirektor Kaspar Michel an einer Medienkonferenz am 22. März darlegte. Bis 2019 erwartet der Finanz- und Aufgabenplan nämlich Ertragsüberschüsse. Das Eigenkapital dürfte dann auf rund 223 Millionen Franken steigen. Somit wird eine Senkung des Steuerfusses ein Thema. «Wir werden im Regierungsrat im Herbst diese Diskussion führen», sagte Michel. Eine zehnprozentige Senkung des Steuerfusses macht 33 Millionen Franken aus.

Höhere Dividendensteuer bringt dem Kanton 17 Mio. Franken

Mit der Unternehmenssteuerreform schreibt der Bund eine höhere Besteuerung der Dividenden vor. Mit der Umsetzung der Steuervorlage 17 (SV17) will die Schwyzer Regierung den Schwyzer Wirtschaftsraum und damit die Standortattraktivität des Kantons mit einer Kombination aus steuertariflichen und anderen Massnahmen stärken. Im Vordergrund stehen attraktive Steuersätze. Davon könnten alle Unternehmen profitieren, betont die Regierung. Mit der Steuerreform werden dem Kanton durch die direkte Bundessteuer jährlich rund 29 Mio. mehr zufließen. Nebst dem Kanton können auch die Gemeinden und Bezirke mit Mehrerträgen rechnen. Allein wegen der bundesrechtlich vorgegebenen Mindestbesteuerung der Dividenden von neu 70 statt bisher 50 Prozent geht die Regierung von zusätzlichen Mehrerträgen von 17 Mio. Franken für den Kanton aus. Sie erhofft sich insgesamt einen positiven Anreiz für die unternehmerische Innovation. Die Regierung hält fest, dass die kantonale Umsetzung der SV17 ohne allgemeine Steuermehrbelastung der natürlichen Personen finanzierbar sei. Beide Vorlagen sollen Anfang 2020 in Kraft treten.

Keine Anzeichen für Zinserhöhung

Der regionale Immobilienmarkt hat sich beruhigt, neue Grossprojekte sind keine in Sicht. Dies zeigt die Eigenheim-Messe der Schwyzer Kantonalbank. Man geht davon aus, dass die Zinsen stabil bleiben werden. Geschäftsleitungsmitglied Lukas Camenzind, bei der SZKB verantwortlich für den Immobilienbereich, erklärt, dass er «keine Anzeichen am Horizont sieht, die auf eine Zinsänderung hindeuten würden». Die teilflexiblen Libor-Hypotheken («Rollover-Hypotheken») finden offenbar trotz der tiefen Zinssätze und der derzeit guten Stabilität nur mässig Begeisterung. «Der Kunde

will eher die volle Sicherheit und will klar kalkulieren können», fasst Camenzind seine Erfahrungen zusammen. Weil die Festhypotheken über lange Laufzeiten zinslich in den letzten Monaten leicht gestiegen sind, seien heute Laufzeiten von sechs oder sieben Jahren am meisten gefragt. Den Investoren stehe kaum mehr Bauland zur Verfügung, für den Bau von Mietwohnungen sei aufgrund der rückläufigen Zuwanderung die Nachfrage rückläufig. Das lesen die Fachleute auch daran ab, dass die Verweildauer eines Objekts auf dem Markt länger geworden ist und oft auch ältere Objekte leer stehen, weil die Mieter in neuere Wohnungen umziehen.

Tierpark gilt als Leuchtturmprojekt

Der Tierpark Goldau wird von jährlich 400 000 Besuchern frequentiert. An der Generalversammlung des Fördervereins «Freunde des Natur- und Tierparks Goldau am Rigi» bezeichnete Iwan Rickenbacher, langjähriges Mitglied des Stiftungsbeirats, den NTP Goldau mit seinen 1000 Tieren in 100 Tierarten als ein «grosses Ereignis». «Der Natur- und Tierpark Goldau hat ein hohes Renommee zu wahren», hielt Rickenbacher fest. Er sei ein eigentliches Leuchtturmprojekt mit hoher Wertschöpfung.

EW Höfe übernimmt Kraftwerk Bäch

Die Stromversorgung und -produktion im Bezirk Höfe ist weiter konzentriert worden. Die EW Höfe AG hat durch Fusion die Kraftwerk Bäch AG übernommen. Beim 1956 in Betrieb genommenen Kraftwerk Bäch handelt es sich um ein Speicherwerk, welches das Gefälle vom Weingartenweiher bis zum Maschinenhaus nutzt. Das EW Höfe betreibt weiter das eigene Kraftwerk Sihl-Höfe, ist an der Kraftwerk Feusisberg AG beteiligt und versorgt die drei Höfner Gemeinden Freienbach, Wolterau und Feusisberg mit Elektrizität, Erdgas und einem modernen Telekommunikationsnetz. Alleiniger Aktionär der EW Höfe AG ist der Bezirk Höfe.

Wullschleger steigt ins Skigeschäft ein

Handgemachte Skis aus Disentis soll es auch nach dem Wegzug der Skimarke Zai weiterhin geben. Namhafte Schweizer Unternehmer haben sich zusammengetan, um eine neue Manufaktur zu gründen. Mit von der Partie ist der Oberarther Urs Wullschleger, Inhaber und Geschäftsführer der Wilhelm Schmidlin AG. Er will die Kaizen-Philosophie in die neue Firma einbringen, der in Oberarth bereits mit viel Erfolg nachgelebt wird.

Kaizen ist ein Managementsystem, das auf kontinuierliche Verbesserungsprozesse setzt. Damit können nicht nur die Qualität in der Produktion optimiert, sondern auch die Kosten reduziert werden, indem Management und Mitarbeiter konsequent in die Prozesse einbezogen werden.

Generationenablösung bei der Bauunternehmung Käppeli

Guido Käppeli, Verwaltungsratspräsident der Käppeli Strassen- und Tiefbau AG, verkündete an einer Medienorientierung Mitte April einen Generationenwechsel an, der das Baugeschäft in eine sichere Zukunft führt. Edi Tonazzi, seit 1975 bei der Firma tätig und seit 1992 Geschäftsführer, übergibt die operative Führung auf den 1. Mai an Lukas Käppeli. Ihm zur Seite stehen zwei neue Stellvertreter: Markus Tonazzi wird für den Standort Seewen zuständig sein, Marco Imhof für den Standort Altdorf. Der Betrieb beschäftigt an beiden Standorten rund 100 Mitarbeitende.

Raiffeisen Illgau schliesst sich Rigiverband an

Die Konzentration der Raiffeisenbanken im Kanton Schwyz zu grösseren Gebilden schreitet weiter voran. Am 3. April beschlossen die Illgauer Genossenschaftsmitglieder an ihrer 92. Generalversammlung, sich der Raiffeisenbank Rigi anzuschliessen. Diese hatte sich erst kürzlich aus der Raiffeisen Rigi (Raum Küsnacht und Arth) mit jener der Waldstätte (Raum Schwyz-Brunnen) zusammengetan, ebenso die Raiffeisenbanken March und Höfe. Die Illgauer Dorfbank wurde 1926 gegründet und zählte letztlich 604 Mitglieder. Die Bilanzsumme belief sich auf 63,5 Mio. Franken. Seit fünf Jahren war Illgau die kleinste Raiffeisenbank der Schweiz. Hauptgründe sind die regulatorische Entwicklung, Mehrkosten aufgrund höherer rechtlicher Anforderungen, der grössere Wettbewerb und die Zukunft der Bankenbranche. Auch das veränderte Kundenverhalten und das tiefe Zinsniveau hätten eine Rolle gespielt.

Neue Bergbahnen im Kanton locken mehr Gäste an

Das Tourismus-Monitoring von Schwyz Tourismus dokumentierte in der zweiten Hälfte des Jahres 2017 bei 67 Prozent der Bergbahnen und Transportbetriebe einen höheren Umsatz als in der Vergleichsperiode 2016. Dies zeigt die halbjährlich durchgeführte schriftli-

che Befragung von 27 wichtigen Tourismusgebieten im Kanton, welche das Amt für Wirtschaft gemeinsam mit Schwyz Tourismus erhoben hat. Der Fünf-Jahres-Vergleich zeigt sogar, dass 83 Prozent der befragten Transportbetriebe mehr erwirtschafteten. Mit dazu beigetragen hat der jüngste Innovationsschub. So sorgen die drei neuen Bergbahnen, die Stoosbahn, die Luftseilbahn Kräbel-Rigi Scheidegg sowie die Luftseilbahn Küsnacht-Seebodenalp, für zusätzliche Gäste. Nicht zu vergessen sind dabei die Rotenfluebahn, die Hoch-Ybrig AG und die Sattel-Hockstuckli AG. Insgesamt haben die Schwyzer Bergbahnen 2017 zwei Millionen Gäste befördert. Die Hotellerie hingegen zieht eine mässige Bilanz: Im Fünf-Jahres-Vergleich fiel bei 36 Prozent der befragten Hotels der Umsatz tiefer aus, bei lediglich neun Prozent höher. Viele Hotels spüren einen Rückgang von Gästen aus dem EU-Raum.

EBS: Leicht weniger Energie produziert

Die ebs Energie AG, die sieben Gemeinden im inneren Kantonsteil mit Strom versorgt und eine Erdgasversorgung aufgebaut hat, blickt zufrieden auf das vergangene Geschäftsjahr zurück. Die Muotakraftwerke haben von November 2016 bis Oktober 2017 knapp 225 Millionen Kilowattstunden Strom produziert. Die Stromabgabe an Endkunden sank gegenüber dem Vorjahr um 3,8 Prozent, was auf den wärmeren Winter und die vermehrte Eigenproduktion durch Photovoltaik-Anlagen im Sommer zurückzuführen sei. Das Unternehmen erzielte bei einem Nettoerlös von 47,7 Mio. Franken ein Jahresergebnis von 2,2 Mio. Franken, 1,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Erwartungen voll erfüllt hat mit einer Produktion von 6,3 Millionen Kilowattstunden Strom das neue Kraftwerk Steineraa. Dies entspricht gegenüber dem erwarteten Produktionsertrag einer Steigerung von rund 25 Prozent. Die ebs Erdgas + Biogas AG, eine 100prozentige Tochter, konnte den Energieabsatz um fast 7 Prozent erhöhen.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Die berufliche Vorsorge blutet zusehends aus

Die AXA hat als bisher zweitgrösste Anbieterin von Vollversicherungslösungen im BVG den Ausstieg aus diesem Geschäft bekannt gegeben. Sie setzt künftig nur noch auf teilautonome Lösungen. Der Schritt kommt für Experten nicht wirklich überraschend. Er ist sowohl die Folge einer anhaltenden Versicherungsschelte der Gewerkschaften als auch einer zögerlichen Politik, die in der Altersvorsorge die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft nicht entschlossen genug angeht. Die Leidtragenden des sinkenden Wettbewerbs in der beruflichen Vorsorge sind letztlich unzählige Schweizer KMU und ihre Mitarbeitenden, welche weniger Versicherungsoptionen in Kauf nehmen und deswegen das Anlagerisiko zunehmend selber tragen müssen.

Rund 99 Prozent der Schweizer Arbeitgeber beschäftigen weniger als 250 Mitarbeitende. Sie sind in aller Regel nicht in der Lage, eine eigene autonome Pensionskasse zu führen. Insbesondere KMU in Branchen mit geringeren Margen, die sich nur eine BVG-Lösung ohne zusätzliche überobligatorische Versicherung leisten können, haben sich bisher häufig für eine Vollversicherungslösung entschieden. Dieses Modell garantiert die Leistungen auch in Krisenzeiten. So blieben während der Finanzkrise die Leistungen der Versicherten unangetastet, derweil die Versicherungsgesellschaften die hohen Anlageverluste mit ihren Reserven decken mussten.

Um diese Sicherheit gewährleisten zu können, unterliegen die Versicherungsgesellschaften im BVG-Geschäft deutlich strengeren Auflagen der FINMA als teilautonome Sammeleinrichtungen, die lediglich der BVG-Aufsicht unterstehen. Diese Regulierung ist zwar durchaus im Interesse der Versicherten, führt aber im Wettbewerb immer mehr zu einer Benachteiligung der Versicherungsgesellschaften gegenüber teilautonomen Sammeleinrichtungen. Für KMU wurde es deshalb bereits in den vergangenen Monaten immer schwieriger, überhaupt noch eine Offerte für eine Vollversicherungslösung zu erhalten. Der Ausstieg der AXA aus diesem Geschäft ist somit nicht nur die logische Konsequenz, sondern unausweichlich. Für die Vielfalt der beruflichen Vorsorge und besonders für die gewerbliche Wirtschaft

mit ihren Mitarbeitenden ist das jedoch eine schlechte Nachricht.

Es ist nun höchste Zeit, dass die Gewerkschaften die Interessen ihrer Mitglieder in der Altersvorsorge wirklich vertreten. Denn sie sind nicht unschuldig am Ausstieg des zweitgrössten Anbieters von Vollversicherungen. Sie haben mit ihrem andauernden «bashing» der Versicherungsbranche und dem Vorwurf angeblich zu hoher Gewinneinbehaltung das Umfeld vergiftet. Der wachsende Scherbenhaufen liegt definitiv nicht im Interesse der Arbeitnehmer. Besonders die Politik muss den Tatsachen in der Altersvorsorge endlich ins Auge sehen. Leider erachtet auch sie es als unpopulär, die Herausforderung der alternden Gesellschaft und der tiefen Zinsen in der Altersvorsorge entschlossen anzugehen. Stattdessen lässt sie den Bundesrat zusätzlich zu den bereits rigiden Vorgaben regelmässig einen politisch festgesetzten überhöhten Mindestzins beschliessen und schiebt das Problem des zu hohen Mindestumwandlungssatzes vor sich hin. Zwar wäre letzterer mit der gescheiterten Reform Altersvorsorge 2020 gesenkt worden, jedoch nicht ohne die Versicherer gleichzeitig mit neuen Auflagen zu knebeln.

Offen ist, wie es im Kampf der Sammeleinrichtungen um Marktanteile letztlich um die finanzielle Nachhaltigkeit der beruflichen Vorsorge bestellt ist. Es wird immer deutlicher, dass unser verpolitisiertes BVG nicht zukunftsfähig ist. Zwar trägt der Stiftungsrat einer Vorsorgeeinrichtung eine hohe persönliche Verantwortung. Gleichzeitig fehlen ihm für seine Führung aber wichtige Kompetenzen wie die adäquate Festlegung von Mindestumwandlungssatz und Mindestzins. Nötig wäre ein austariertes System von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung. Dass es auch anders geht, beweist Liechtenstein: Im Fürstentum ist der Stiftungsrat ohne politisch festgelegten Mindestumwandlungs- und Mindestzinssatz in der Lage, seinen Leistungsauftrag im Interesse von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgewogen und verantwortungsvoll wahrzunehmen – und dies mit Erfolg.

(Schweizerischer Arbeitgeberverband)

Schweiz-EU: Wieder ein Schritt – Intelligente Strategie

Bundesrat Cassis hat die Europapolitik der Schweiz in die Hand genommen und einen Fahrplan für die rasche Aushandlung eines institutionellen Rahmenabkommens zur Klärung des rechtlichen Rahmens für die bilateralen Beziehungen zur Europäischen Union vorgelegt. Gleichzeitig wurden Gebiete, die die Schweiz von einem solchen Abkommen ausdrücklich ausschliessen will, sowie die Art und Weise, wie Rechtsstreitigkeiten geregelt werden sollen, präzisiert.

Die bevorstehende Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union ist ein komplexes Thema, das intensiv beobachtet, kommentiert und ausgenutzt wird – sowohl von denen, die davon träumen, allen Forderungen Brüssels nachzugeben, als auch von denen, die die Unterbrechung aller Verhandlungen fordern. Der Bundesrat ist wegen mangelnder Weitsicht und fehlenden Willens in dieser Frage heftig kritisiert worden. Umso erfreulicher ist es, dass Bundesrat Ignazio Cassis mit einer Mischung aus zurückhaltender Intelligenz und kommunikativer Begeisterung die Europapolitik der Schweiz in die Hand genommen hat.

Den Schwerpunkt dieser Politik bildet nun das von der EU geforderte institutionelle Rahmenabkommen, das alle bilateralen Beziehungen «einrahmen» soll. Ziel der Schweiz wird sein, ein solches Abkommen rasch auszuhandeln, um den rechtlichen Rahmen unserer gegenwärtigen und zukünftigen Beziehungen zu Europa zu klären und gleichzeitig die Souveränität der Schweiz zu wahren und sich besser vor den unberechenbaren Stimmungen einer manchmal schmeichelhaften und manchmal bedrohlichen Brüsseler Exekutive zu schützen. Insbesondere sollte dieses künftige institutionelle Abkommen alle Aspekte des Zugangs zum europäischen Markt und der sektoralen Zusammenarbeit mit der EU abdecken. Es soll Rechtssicherheit gewährleisten, den Unternehmen eine grössere Planungssicherheit und die Möglichkeit bieten, ihre Rechte wirksam durchzusetzen und schliesslich einfache Mechanismen zur Aktualisierung bestehender Vereinbarungen und zur Erweiterung dieses Netzes von Vereinbarungen bieten.

Herr Cassis bekräftigt einerseits seine Bereitschaft, unverzüglich ein institutionelles Abkommen mit der Europäischen Union auszuhandeln und legt anderer-

seits in aller Deutlichkeit die Bedingungen dar, unter denen dieses Vorhaben durchgeführt werden muss, insbesondere die «roten Linien», die bereits festgelegt wurden und auf keinen Fall überschritten werden dürfen. Die Schweiz erklärt daher von vornherein, dass die flankierenden Massnahmen zum Freizügigkeitsabkommen, welche die inländischen Arbeitsbedingungen schützen sollen, vom Anwendungsbereich des künftigen Abkommens ausgenommen sind. Ebenso wird die Schweiz die Übernahme der EU-Richtlinie zur Unionsbürgerschaft (die einen erweiterten Zugang zu Sozialhilfe, eine erweiterte Familienzusammenführung und das Recht auf Daueraufenthalt nach 5 Jahren vorsieht) ablehnen. Die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit wird sich auf technische Fragen beschränken, wobei jegliche Ausweitung der Sozialleistungen ausgeschlossen wird.

In der heiklen Frage der Weiterentwicklungen des für die Schweiz relevanten EU-Rechtsbestandes schliesst der Bundesrat jede automatische Rechtsübernahme aus: Das schweizerische Gesetzgebungsverfahren muss respektiert werden, einschliesslich des Rechts auf ein Referendum. Wenn die Schweiz eine europäische Gesetzgebung nicht übernimmt, entscheidet ein Schiedsgericht, das zu gleichen Teilen aus schweizerischen und europäischen Richtern besteht. Wenn eine Partei sich weigert, der Entscheidung des Gerichts nachzukommen, hat dies Schadenersatzforderungen zur Folge.

Der von Bundesrat Cassis so definierte «Fahrplan» erscheint verlockend. Indem man sich weigert, die Schweizer Souveränität oder den Schutz der einheimischen Arbeitnehmenden zu opfern, beinhaltet er alles, um sowohl die souveränistische Rechte als auch die linken Gewerkschaften zu beruhigen. Wenn dieser Fahrplan eingehalten wird, wird das Abkommen absolut akzeptabel sein, und die Schweiz kann ihre Wirtschaftsbeziehungen zu ihren europäischen Nachbarn sinnvollerweise weiterverfolgen.

Man sollte jedoch die Schwierigkeit nicht unterschätzen, die europäischen Verhandlungsführer zu überzeugen, die es nicht versäumen werden, ihre eigenen Forderungen zu stellen.

(Centre Patronal)

Digitalisierung in der Berufsbildung

Die Digitalisierung verändert Wirtschaft und Arbeitswelt rasant und hat einen wesentlichen Einfluss auf unsere Gesellschaft. Kaum ein Beruf bleibt von diesem Wandel unberührt. Eine interaktive Plattform zeigt Lehrbetrieben und Berufsfachschulen, welche digitalen Kompetenzen in einem bestimmten Beruf zukünftig gefordert sein werden.

Die Berufsbildung wird von den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft geprägt. Die Folgen von Megatrends wie Digitalisierung, steigende berufliche Mobilität oder demografischer Wandel stellen neue Anforderungen an die zukünftigen Fachkräfte und die Unternehmen und müssen frühzeitig erkannt werden.

Heute steht fest, dass fast alle bestehenden Berufe von der Digitalisierung betroffen sind, vor allem die gewerblich-industriellen, die gesundheitsbezogenen und die kaufmännischen Berufe. Die Berufsbildung muss die Digitalisierung in die Weiterentwicklung der Berufsbilder miteinbeziehen; nur so kann sichergestellt werden, dass die Berufsbildung mit der Digitalisierung Schritt hält.

Digitalkompetenzen für Lehrberufe

Unter der Leitung von Professor Markus Wyss wurden im Departement Informatik an der Hochschule Luzern alle 290 Lehrberufe der Schweiz auf die notwendigen digitalen Kompetenzen überprüft und zu Clustern mit vergleichbaren digitalen Anforderungen zusammen-

gefasst. Die 10 Cluster stellen eine anwendungsbezogene Bündelung von Digitalkompetenzen dar. Für vereinzelte Cluster wurden Sub-Sets erstellt, welche sich nur in unterschiedlichen Ausprägungsniveaus der einzelnen Digitalkompetenzen unterscheiden. Die einzelnen Berufsbilder wurden einem bestimmten Cluster zugeordnet.

Die Digitalkompetenzen wurden in Anlehnung an das European Digital Competence Framework festgelegt. Sie sind in 6 Hauptbereiche gegliedert und in 23 digitale Kompetenzbereiche (z.B. Interaktion über Technologien oder Umgang mit fachspezifischen digitalen Technologien) anwendungsbezogen definiert. Die einzelnen Digitalkompetenzen sind jeweils in drei Ausprägungsniveaus (Basis, Intermediate, Fortgeschritten) abgestuft.

Für den Konstrukteur und den Automatiker – die beide zum Cluster 4 (siehe Grafik) gehören – wurden unter anderem folgende Kompetenzen identifiziert: Interaktion über Technologien (Intermediate), Zusammenarbeit über die digitalen Kanäle (Intermediate), Sensorik (Fortgeschritten), Internet of Things (Basis), Umgang mit fachspezifischen Technologien (Intermediate) und Lösung technischer Probleme (Intermediate). Für den Landmaschinenmechaniker, der zum Cluster 3 gehört, wurden unter anderem die Interaktion über Technologien, Sensorik und die Lösung technischer Probleme jeweils dem Niveau Intermediate zugeordnet.



Automatiker/in

- kann verschiedene digitale Tools zur Interaktion mit anderen über erweiterte Kommunikationstool-Funktionen nutzen.
- kann einfache Technologieprobleme selber lösen.
- kann Sensoren in Produkten planen, integrieren und einbauen.

Berufsbildung auf dem Weg in die digitale Zukunft

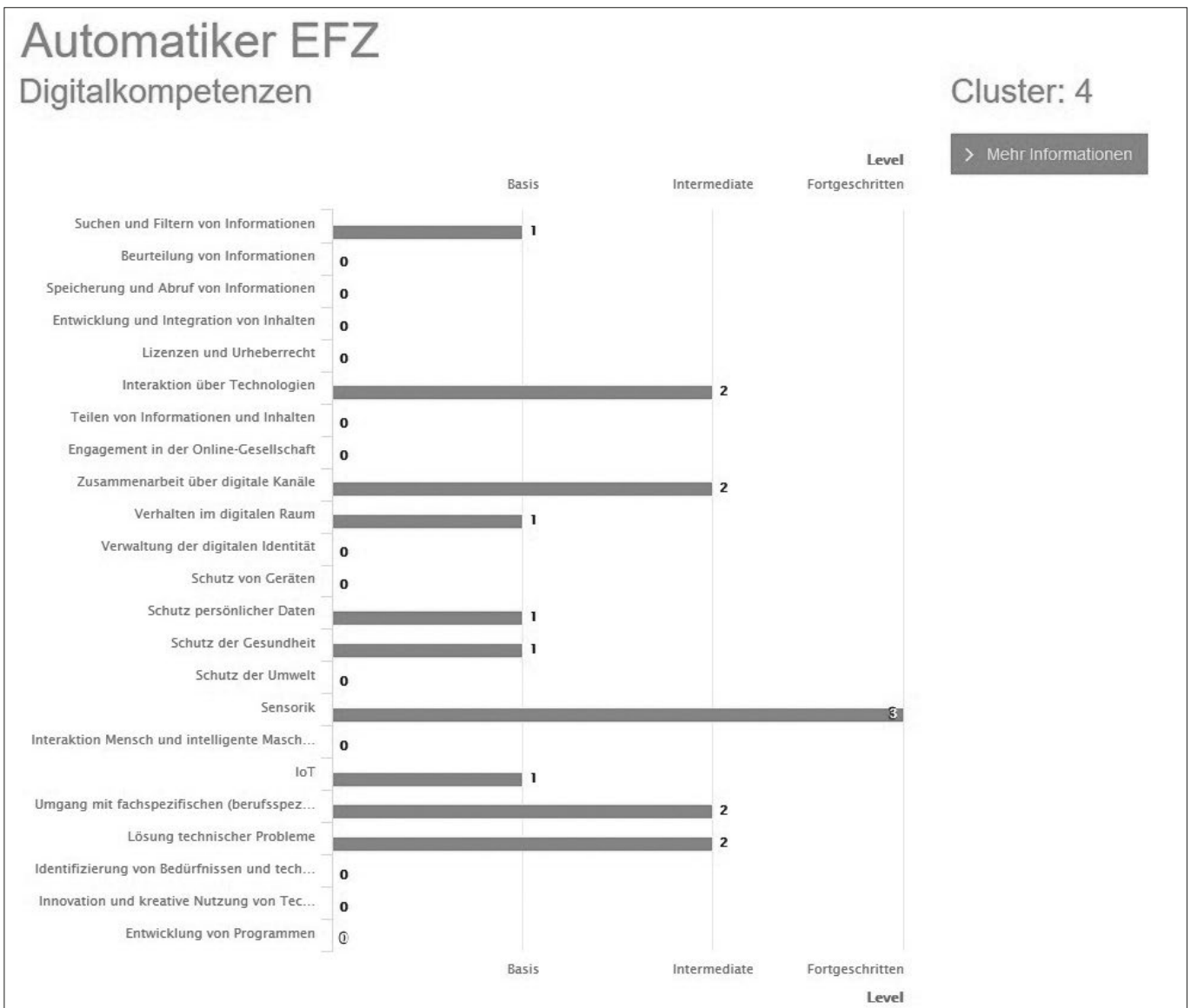
Alle diese Informationen werden der Berufsbildungswelt auf der interaktiven Plattform www.berufsbildung-digital.ch zur Verfügung gestellt. Damit lassen sich die Anforderungen pro Beruf übersichtlich darstellen und können in der Folge an den Berufsfachschulen, in den Lehrbetrieben und den OdAS in die jeweiligen Bildungspläne übernommen werden. Die Plattform ermöglicht zudem einen Erfahrungsaustausch und wird laufend an neuste Entwicklungen angepasst.

Aus der Berufswelt erntet die Plattform der Hochschule Luzern Zustimmung. Der Rektor einer Berufsfachschule sagt dazu: «Betrachtet man die Digitalisierung als Meer, dann ist die Plattform ein Kompass, der es uns erlaubt, darin zu navigieren.»

Cyrell Moser, Berufs- und Studienberatung Goldau



Die Digitalisierung verändert Wirtschaft und Arbeitswelt rasant.



Bahninfrastruktur Ausbauschritt 2035 und SmartRail 4.0

Der Bundesrat hat die Vorlage zum Ausbauschritt 2035 (STEP 2035) am 29. September 2017 in die Vernehmlassung geschickt. Er schlägt Investitionen in die Bahninfrastruktur von 11.5 Milliarden Franken vor. Konzeptionell bringt der Ausbauschritt erhebliche Angebotsverbesserungen auf dem Schweizer Schienennetz und hilft die heute schon existierenden Kapazitätsengpässe zu beseitigen.

Konkret bringt der Ausbauschritt die folgenden Verbesserungen:

- Personenverkehr: systematisierter 30-Minuten- und 15-Minuten-Takt bei hoher Nachfrage im Fernverkehr, mehr Kapazitäten, mehr Platz in Bahnhöfen;
- Güterverkehr: Ausbau und Systematisierung des Standard- und Expressnetzes, Anpassungen der Güterverkehrsanlagen.

Die offiziellen Verkehrsprognosen zeigen ganz klar: Ohne den geplanten Ausbau der Bahninfrastruktur und der Nationalstrassen können die laufend weiter ansteigende Mobilitätsnachfrage und die heute schon real existierenden Kapazitätsengpässe auf Strasse und Schiene nicht gelöst werden. Dank der vom Schweizervolk geschaffenen Verkehrsinfrastrukturfonds (Bahninfrastrukturfonds BIF und Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds NAF) sind die dafür benötigten Mittel auch verfügbar.

Interessant ist nun der angelaufene politische Verteilungskampf. Alle wollen ein Stück vom Investitionskuchen. Bei dieser Diskussion geraten dann ab und zu das Gesamtinteresse und der Gesamtnutzen aus dem Blickwinkel der entsprechenden Politiker bzw. der Regionen. Solche Investitionsprogramme sind bekanntermassen ideale Profilierungsvehikel. Da die Fonds gut gefüllt sind, kann man halt problemlos das eine oder andere zusätzlich fordern. Der effektive Nutzen und die dadurch entstehenden nicht unerheblichen Folgekosten interessieren bei diesem politischen Basar nur die wenigsten. Aktuell haben wir die schizophrene Situation, dass die Politik das Fuder zu überladen droht und die öV-Branche dagegen hält und zum Masshalten anmahnt.

Bei der Erarbeitung der Vorlage war die öV-Branche intensiv einbezogen und hat sich parallel dazu ihre eigene Position und Meinung erarbeitet. Diese weicht gegenüber der Position des Bundesrates nur in einem wesent-

lichen Punkt ab. Der Verband öffentlicher Verkehr (VöV) vertritt die fachlich begründete Haltung, dass auch der Ausbau des Lötschbergbasistunnel (LBT) in diesem Ausbauschritt Platz haben muss.

Darüber hinaus hat sich der VöV sehr intensiv mit der Frage auseinandergesetzt, ob wegen der Digitalisierung und der daraus entstehenden Veränderungen bei der Mobilität überhaupt so viel Geld in «Beton» investiert werden soll. Dabei kam man zu folgenden Erkenntnissen:

1. Die Veränderungen bei der Mobilität sind aus heutiger Sicht noch nicht abschätzbar.
2. Trotz digitaler Lösungen muss auch die physische Infrastruktur ausgebaut werden.
3. «Smarte» Lösungen können weitere Steigerungen der Kapazitäten für den Horizont nach STEP 2035 bringen.
4. Damit diese neuen Technologien dann auch verfügbar sind, muss mit deren Entwicklung jetzt gestartet werden.

Unter Federführung der SBB haben sich BLS, rhb, SOB und der VöV daher zum Branchenprojekt SmartRail 4.0 zusammengeschlossen. Im Rahmen dieses Projekts sollen in den nächsten zwei bis fünf Jahren in vier Bereichen neue technische Lösungen zusammen mit der Industrie entwickelt und auch in der Praxis getestet werden. Dabei hat die SOB innerhalb von SmartRail 4.0 die Gesamtverantwortung für den Bereich automatisches Fahren ATO (Automatic Train Operation) übernommen.

Die Finanzierung für die Entwicklung und Implementierung dieser neuen Technologien ist bis heute nur teilweise bzw. ungenügend gesichert. Ernüchtert musste die öV-Branche zur Kenntnis nehmen, dass im Rahmen des geplanten Ausbauschrittes 2035, angeblich aus formalen Gründen, keine Mittel dafür vorgesehen werden können.

Damit aber auch zukünftig bei den Verkehrsinfrastrukturen möglichst ökonomisch investiert wird, müssen sich der heute noch sehr einseitige «Baublickwinkel» von Verwaltung und Politik rasch um die Möglichkeiten der neuen Technologien erweitern und die entsprechenden Rahmenbedingungen angepasst werden.

Thomas Küchler, CEO Schweizerische Südostbahn AG, Präsident Kommission Infrastruktur des Verbandes öffentlicher Verkehr

Diese Ausgabe wird gesponsert von
Spichtig AG

Frauholzstrasse 27, 6422 Steinen

www.styro.ch

Nr.	Datum	Sponsor			
499	14.12.2017	Tulux AG, Licht.Lumière, Tödistrasse 4, 8856 Tuggen	507	24.09.2018	CONVISA AG, Unternehmens-, Steuer- & Rechtsberatung, Schwyz / Altdorf / Pfäffikon SZ
500	25.01.2018	Omida AG, Homöopathische Heilmittel, Erlistrasse 2, 6403 Küsnacht am Rigi	508	22.10.2018	Rotenfluebahn Mythenregion AG, Rickenbachstrasse 163, 6432 Rickenbach
501	22.02.2018	Biberbau AG, Industriestrasse 2, 8836 Biberbrugg	509	22.11.2018	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
502	22.03.2018	A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6341 Baar	510	18.12.2018	Steinel Solutions AG, Allmeindstrasse 10, 8840 Einsiedeln
503	24.04.2018	Spichtig AG, Frauholzstrasse 27, 6422 Steinen	511	24.01.2019	Pi2 Process AG, Wolleraustrasse 15j, 8807 Freienbach
504	22.05.2018	Girsberger Informatik AG, Spezialitäten Software, Bahnhofstrasse 53, 6440 Brunnen			
505	19.06.2018	Späni Immobilien AG, Neuhofstrasse 8, 8834 Schindellegi			
506	20.08.2018	Käppeli, Strassen- und Tiefbau AG Schwyz, Riedmatt 3, 6423 Seewen-Schwyz			